ener Brief an Bürgermeister Dr. Bauer Geillei une treckur

## Grüne fühlen sich verdrängt

Unzufrieden mit der "Platzanweisung" durch die Stadt Weilheim zeigen sich die Weilheimer Grünen. In einem offenen Brief an Bürgermeister Dr. Johann Bauer bemängeln sie eine "Ungerechtigkeit" bei den Plakattafeln sowie den Informationsständen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

"Wahlkampfzeiten sind harte Zeiten. Dennoch sollte — in einem demokratischen Staat — Gerechtigkeit herrschen. Darin dürften wir uns einig sein. Die Stadt hat löblicherweise Plakattafeln für alle Parteien aufstellen lassen, damit die wilde Plakatiererei nicht ins Kraut schießt. Besonders die CSU hat allerdings schon vorher unsere Stadt — und nicht nur diese — dekoriert. Wir wollen das nicht und haben auch nicht das Geld dafür.

Um aber zu zeigen, daß wir Grünen auch vorhanden sind, haben wir ein paar Plakate auf die von der Stadt aufgestellten Plakattafeln geklebt. Dabei mußten wir dieselbe niederschmetternde Erfahrung machen wie beim letz-Bundestagswahlkampf: - die Tafeln, die zwei Seiten haben, sind so aufgestellt, daß sie eine sichtbare Vonderseite und eine in mehreren Fällen nicht mehr sichtbare Rückseite haben. Auf der Vorderseite ist Platz für CSU, SPD, FDP, NPD und DKP, Die Grünen dürfen auf der Rückseite plakatieren. Zufall ist das sichernicht, ungerecht auf alle Fälle. Zwei Lösungen schlage ich für den nächsten Wahlkampf, der ja in Kürze ins Haus steht, vor: die Tafeln seitlich aufzustellen, so

daß 'beide Seiten sichtbar sind, und die Plätze auszulosen.

Ein zweiter Punkt betrifft die Informationsstände. Bereits beim Bundestagswahlkampf haben wir Grünen uns bei der Stadt beschwert, daß man uns nicht auf den Marienplatz gelassen hat. Es war nur Platz da für die CSU, SPD, FDP und die NPD. Die DKP und die Grünen durften in die Schmiedstraße.

Nun habe ich bereits darauf hingewiesen, daß der Weilheimer Marienplatz so etwas wie das lebendige Herz der Stadt ist, ein Ziel, das viele Fußgänger anzieht, zum Verweilen einlädt. Nicht so die Schmiedstraße. Als wir Ende Juli beim Ordnungsamt der Stadt für den 18. September und 2. Oktober einen Infostand auf dem Marienplatz beantragten, wurde uns das zugesagt, allerdings sei es noch zu früh. Im August bekamen wir dann die schriftliche Mitteilung, daß wir in die Schmiedstraße müßten. Als ich Anfang September nochmals beantragte, daß wir, wie die ande-ren Parteien, auf den Marienplatz wollten, war es angeblich zu spät.

Als wir am vengangenen Samstag auf den Marienplatz kamen, hatten die FDP, später auch die SPD, ihren Stand aufgestellt. Die CSU, die sich den besten Platz reserviert hatte, blieb aus, (Wie jemand, der erst das größte Schnitzel verlangt, es dann aber ungegessen beiseite schiebt.) Da aber sowieso nicht jede Partei an jedem der Wahlsamstage auf dem Platz ist, gibt es gar keinen Grund, eine oder zwei auszuschließen. In anderen Städten

stehen auch alle nebeneinander, warum sollte das in Weilheim nicht möglich sein? Auf eine Diskussion mit der SPD, deren Vertreter der Meinung waren, der Marienplatz sei ein öffentlicher Platz den man niemandem verbieten könne, stellten wir uns dort auf. Lediglich ein Vertreter der FDP kam zu uns und beschimpfte einige Leute, die uns beim Aufbau halfen.

Wir stellen hiermit noch ein drittes Mal den Antrag, am 2. Oktober unseren Stand auf dem Marienplatz aufbauen zu können.

> Monika Propach-Voeste Die Grünen, Weilheim

"Der Reihenfolge nach"

Von seiten der Stadtverwaltung Weilheim stellten zu den obigen Vorwürfen 2. Bürgermeister Hannelore Biener und der Leiter des Ordnungsamtes, Rainer Kronier, auf Anfrage der Heimatzeitung folgendes fest: 1. Die Plakatierung der verschiedenen Parteien erfolgt nach einer bestimmten Reihenfolge, die auf dem Ergebnis der letzten Landtagswahl 1978 basiert. Seinerzeit waren die Grünen noch nicht vertreten. 2. Das gleiche gilt auch für die Infostände in der Fußgängerzone. Die Stadt will zudem vermeiden, daß rund um die Mariensäule zu Wahlkampfzeiten ein "Interessen-Jahrmarkt" entstehe. 3. Die Grünen haben die Möglichkeit, nach dem diesjährigen Wahlkampf einen neuerlichen Antrag bei der Stadt einzureichen.